



Demografischer Wandel und Fortschritt

Wie lange wir leben in Deutschland, wie gesund oder krank wir alt werden, wieviele Kinder wir haben, wieviel Wanderung es gibt, - das interessiert und bewegt.

Die Herausforderung ist komplex, denn die Eckdaten verändern sich rasch und massiv. Bisher sind die Antworten unzureichend. Die Frist für die Gestaltbarkeit der Dinge ist noch nicht abgelaufen, aber es wird eng. Es kommt nun auf uns selbst an. Fortschritt bleibt möglich.

Die soziale Dimension des demografischen Wandels hat einen engen Bezug zu den ökonomischen Fragen. Wie wird in 20 bis 40 Jahren in Deutschland das Wohlstandsniveau sein?

Wir sind Wohlstandsland, bleiben es aber nur, wenn wir wirklich gut sind und uns anstrengen.

Dabei ist Wachstum sehr nützlich, mehr nicht. Wachstum darf nicht der alles dominierende Imperativ sein. Wir brauchen Orientierung auf den Kern demokratischer und sozialer Politik.

Das Ziel also, lautet etwa so:

2040/50 soll unser Land auf hohem Niveau in einem Wohlstand leben, der gerecht verteilt ist, auch zwischen den Generationen, der nicht zerstörerisch ist für die Natur und nicht für andere Länder und deren Lebensperspektiven; der auch nachhaltig ist. Und das alles im Rahmen einer demokratischen und sozialen Gesellschaft, in der das Individuum ein hohes Maß an Freiheit hat, seinen persönlichen Lebensentwurf zu leben.

Und daraus ergeben sich die Fragen: Was sind dabei die Pflichten und die Rechte des Einzelnen? Welche Regeln geben wir uns als Gesellschaft?

Dieser Gesellschaftsentwurf ist nicht ausschließlich Sache der Politik. Aber gute Politik muss um den richtigen Gesellschaftsentwurf kämpfen.

Wenige Fakten und Trends zum Demografischen Wandel in Deutschland:

1960 gab es 17,4 Lebendgeborene auf 1000 Menschen. 2009 waren es noch 7,9. Von 1960, der Baby-Boomer-Zeit, bis heute hat sich also die Zahl der jährlich Neugeborenen etwa halbiert.

Das zeigt auch: Mit der Verlässlichkeit der Geburtenkontrolle veränderte sich die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Dass Paare heute weitgehend souverän entscheiden können, ob sie Kinder und wie viele und wann bekommen, ist gut so, was immer das demografisch auslöst. Es ist ein Fortschritt.

Wenn schon die Zahl der Kinder in Deutschland derart rückläufig ist, ist dann wenigstens dafür gesorgt, dass diese Kinder optimale Startbedingungen haben? Und sei es auch nur wegen des Eigeninteresses der Eltern und der Älteren.

In vielen Familien, ich glaube: den meisten Familien, läuft es gut.

Aber wahr ist auch: Sprachliche und gesundheitliche Defizite bei Kindern sind häufiger geworden. Auch Verhaltensauffälligkeiten. Das hat mit Armut zu tun. Aber auch mit Zuwendungsarmut, mit Bildungsarmut, mit Erziehungsmangel. Und das Problem ist nicht nur eines für Kinder mit Migrationshintergrund.

Die andere Seite des Lebens:

Wer in Deutschland die 60 erreicht hat, schafft es heutzutage als Mann im Schnitt bis rd. 81 Jahre, als Frau bis rd. 85 Jahre. Das ist schön.

Mit diesem positiven Trend der Lebenserwartung verschiebt sich allerdings der Alten-Quotient deutlich: 2006 kamen in Deutschland auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren rd. 33 Personen, die 65 waren und älter. Also: Relation 3:1, nicht mehr 6:1 wie vor Jahrzehnten. 2030 wird diese Relation bei etwa 2:1 liegen.

Das alles hat Auswirkungen auf die Rentenkasse. 1960 zahlten wir durchschnittlich 10 Jahre lang Rente pro Rentnerin oder Rentner. Heute 16-17 Jahre. 2030 ca. 20 Jahre lang. Tendenz steigend.

Wie gesund werden wir alt?

Relativ gesund, erstaunlich gesund auf jeden Fall.

Gesundheitspolitik verbindet sich aber eng mit dem Thema Betreuung und Pflege. Eine hohe Kostenwelle baut sich auf. Prävention ist möglich. Sie nutzt dem Einzelnen und allen. Und Vorbeugung beginnt ganz früh.

82% aller Pflegebedürftigen sind 65 Jahre und älter, jeder Dritte ist über 85. Die Zahl der über 65jährigen verdoppelt sich. Und die Zahl der über 85-jährigen vervierfacht sich bis 2050.

90% aller häuslichen Pflegeleistungen werden von Privatpersonen erbracht. 73% der Hauptpflegepersonen sind Frauen. - Es zeigt sich, wie wichtig das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Bezug auf die Betreuung und Pflege von Familienangehörigen wird. Noch 2010/11 gibt es dazu Debatten- und Klärungsbedarf.

Besonders herausfordernd bei alledem ist die steigende Zahl der Demenzerkrankten.

Trotz aller anderen Aufgaben: Auch der ambulante Palliativ- und Hospizdienst muss selbstverständlich werden. Die Lebensqualität einer Gesellschaft zeigt sich auch daran, wie sie mit Sterbenden und dem Sterben umgeht.

Zum Thema Wanderungen und ihrer Bedeutung im Rahmen der demografischen Entwicklung:

Unabhängig von der Außenwanderung ist auch die inländische erheblich.

Hinzu kommt der Konzentrationsprozess in Richtung Metropolregionen und Ballungen generell.

Aber 2050 werden in Deutschland statt der 44 Millionen nur noch ca. 26-30 Millionen Menschen im Erwerbsalter ungleich übers Land verteilt sein. Das klingt nicht harmlos. Ist es auch nicht.

Das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter ist seit 2001 von 60,6 auf 62 Jahre angestiegen. Das kann sich fortsetzen. Ein Regel-Rententalter 67 bedeutet ein Plus von rd. 2 Millionen Erwerbstätige in 2030 und danach. Wir werden sie brauchen.

Genug der Zahlen. Es gibt auch kleine und große Varianten dazu. Aber die Tendenz ist eindeutig.

Zu der Frage, wie wir diese Herausforderung erfolgversprechend angehen können, wenige Stichworte:

- Mehr Zeit haben für die Kinder. Kindern mehr Zeit lassen. Nicht jammern über die Kinder, die fehlen. Sich kümmern um die, die da sind. Familienförderung meint Kinderförderung und muss sich für diese positiv auswirken.
- Einrichtung eines Bundesministeriums für Bildung und Integration. Eine Schlüsselaufgabe, die im engen Zusammenwirken mit den Ländern erfüllt werden muss.

- Integration ist eine Sache auf Gegenseitigkeit. Nur wenn der Einzelne und die Gesellschaft –beide!- Integration wollen und aktiv leben, gelingt sie.
- Integration, dazu gehört auch: Kein Kind darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit fallen, wirklich keines.
- Integration muss sich auf das Grundgesetz gründen, nicht auf nationale oder religiöse Leitkultur
- Das alles ist auch eine Entscheidung gegen die Fiktion Billiglohnland. Billig können andere besser. Unser Wohlstand hat mit Hochleistung zu tun, nicht mit Dumpinglöhnen. Angemessene Mindestlöhne sind zwingend.
- Die Rentenversicherung kann nicht die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung übernehmen.
- Wohnungen sind –niedrigschwellig und flächendeckend- alten- und behindertengerecht auszubauen. Mit Beratung und Unterstützung der Bewohner.
- Die Potentiale des Alters müssen herausgefordert und gefördert werden. Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl.
- Der Sozialstaat mit seinen verbindlichen Regelungen von Pflichten und Rechten für alle ist unentbehrlich. Je konsequenter alle Mitglieder der Gesellschaft einbezogen werden, um so besser.
- Die Pflegeversicherung muss in ihrer Funktion bestätigt und als komplette Volksversicherung ausgebaut werden.
- Die Soziale Gesellschaft muss sich ihrer selbst bewusst sein. Sie ist von überragender Bedeutung für das Gelingen des demografischen Wandels. Sie manifestiert sich im Wesentlichen in den Familien und in den Städten und Gemeinden.

- Der Staat braucht den Sozialstaat. Die Stadt braucht die soziale Gesellschaft. Die Bedeutung der Kommunen für die praktische Substanz eines demokratischen und sozialen Staates ist zur Zeit noch unterschätzt. Die der Metropolregionen für die Zukunftsfähigkeit des Landes auch.

Eine unverzichtbare Anmerkung:

Vorsicht beim Kohortendenken. Es gibt Generationen, ja. Aber die Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität, von Teilnahme und Teilhabe, von Partizipation und Fortschritt klären sich nicht nur zwischen Generationen, sondern auch und mindestens gleich intensiv zwischen denen mit Chancen und denen ohne, ob jung oder alt, und zwischen denen die viel haben und denen die wenig haben, den Erfolgreichen und den weniger Erfolgreichen oder gar Scheiternden.